

**Stadt Blaustein
Alb-Donau-Kreis**

**3. Satzung
vom 15.12.2020**

zur Änderung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen (**Abfallwirtschaftssatzung**) – AbfWS - vom 13.12.2016

Aufgrund von

- § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO)
- §§ 17 Abs. 1, 20 Abs. 1 Satz 1 und 22 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz KrWG)
- §§ 9 Abs. 1 und 10 Abs.1 des Landesabfallgesetzes
- §§ 2, Abs. 1 bis 4, 13 Abs. 1 und 3, 14, 15 und 18 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG)

hat der Gemeinderat der Stadt Blaustein am 15.12.2020 folgende Satzung beschlossen:

I.

Die Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen (Abfallwirtschaftssatzung) – AbfWS - vom 13.12.2016 wird wie folgt geändert:

§ 23

Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Abfällen, die die Stadt einsammelt

§ 23 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

- (1) Die Gebühren für die Entsorgung von Hausmüll (§ 5 Abs. 2), Abfällen zur Verwertung (§ 5 Abs. 4), Garten- und Parkabfällen (§ 5 Abs. 8) und Schrott (§ 5 Abs. 11) werden als Jahresgebühr (Haushaltsgrundgebühr) nach der Zahl der zum Zeitpunkt des Entstehens der Gebührenschuld (§ 24) zu einem Haushalt gehörenden Personen und einer zusätzlichen, gewichtsbezogenen Leerungsgebühr nach gewogenen Kilogramm Gewicht (Gewichtsgebühr) für den Restmüll erhoben.

Einen Haushalt bilden alle Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt.

Als Haushalt gelten auch die einzelnen Mitglieder von Wohngemeinschaften, Wohnheimbewohner und Untermieter, wen sie allein wirtschaften.

Die **Haushaltsgrundgebühr** beträgt jährlich bei

1	Person	74,26 €
2 - 4	Personen	86,38 €
5 oder mehr	Personen	95,12 €

Gebührenmaßstab für die zusätzlich zur Haushaltsgrundgebühr erhobene Gewichtsgebühr für den Restmüll ist das von der Waage des Sammelfahrzeugs registrierte Gewicht.

Hat die Waage des Sammelfahrzeugs eine Leerung offenbar nicht richtig oder überhaupt nicht registriert, so wird für diese Leerung das Durchschnittsgewicht der letzten drei Leerungen als Grundlage für die Gewichtsgebühr festgesetzt. Sind für den betreffenden Abfallbehälter drei Leerungen noch nicht registriert, so wird für diese Leerung das Durchschnittsgewicht der drei folgenden Leerungen zugrunde gelegt.

Die **Gewichtsgebühr** beträgt pro kg Restmüll 0,28 €

Für die Gewichtsgebühr werden Vorauszahlungen erhoben. Grundlage für die Bemessung der Vorauszahlungen ist die Restmüllmenge des Vorjahres.

Bei der Erstveranlagung eines Gebührenschuldners wird als Bemessungsgrundlage für die voraussichtliche Müllmenge festgesetzt:

Für einen 1 – Personen-Haushalt	97 kg
Für einen 2 – Personen-Haushalt	148 kg
Für einen 3 – Personen-Haushalt	195 kg
Für einen 4 – Personen-Haushalt	236 kg
Für einen 5 – Personen-Haushalt	256 kg
Für einen 6 – Personen-Haushalt	303 kg
Für einen 7 – mehr-Personen-Haushalt	347 kg

Bei gemeinsamer Nutzung von 770-Liter-Containern zur Entsorgung von Hausmüll nach § 12 Abs. 4 wird im Falle der Erstveranlagung die Vorauszahlung auf der Basis von 1.848 kg, bei gemeinsamer Nutzung von 1.100-Liter-Containern auf der Basis von 2.640 kg festgesetzt.

Die Abrechnung der Vorauszahlungen erfolgt mit der Festsetzung der Jahresgebühr des Folgejahres oder mit dem Ende der Gebührenpflicht (§§ 24, 25).

§ 23 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

- (2) Die Gebühren für die Entsorgung von Abfällen, die nach § 5 Abs. 6 als hausmüllähnliche Gewerbeabfälle gelten, werden als Behälter- und Gewichtsgebühr für den Restmüll erhoben.

Gebührenmaßstab für die **Behältergebühr** ist die Größe der Behälter

80 – 120	Liter	63,14 €
240	Liter	94,71 €
770 – 1.100	Liter	126,28 €

Gebührenmaßstab für die Gewichtsgebühr ist das von der Waage des Sammelfahrzeugs registrierte Gewicht.

Hat die Waage des Sammelfahrzeugs eine Leerung offenbar nicht richtig oder überhaupt nicht registriert, so wird für diese Leerung das Durchschnittsgewicht der letzten drei Leerungen als Grundlage für die Gewichtsgebühr festgesetzt. Sind für den betreffenden Abfallbehälter drei Leerungen noch nicht registriert, so wird für diese Leerung das Durchschnittsgewicht der drei folgenden Leerungen zugrunde gelegt.

Die **Gewichtsgebühr** beträgt pro kg Restmüll 0,28 €

Für die Gewichtsgebühr werden Vorauszahlungen erhoben. Grundlage für die Bemessung der Vorauszahlungen ist die Restmüllmenge des Vorjahres.

Bei der Erstveranlagung eines Gebührenschuldners wird als Bemessungsgrundlage für die voraussichtliche Müllmenge festgesetzt:

Je 80 – Liter Restmüllbehälter	192 kg
Je 120 – Liter Restmüllbehälter	288 kg
Je 240 – Liter Restmüllbehälter	576 kg
Je 770 – Liter Restmüllbehälter	1.848 kg
Je 1.100 – Liter Restmüllbehälter	2.640 kg

Die Abrechnung der Vorauszahlungen erfolgt mit der Festsetzung der Jahresgebühr des Folgejahres oder mit dem Ende der Gebührenpflicht (§§ 24, 25).

§ 23 Abs. 4 erhält folgende Fassung

- (4) Bei gemischt genutzten Grundstücken, d.h. Grundstücken, die sowohl Wohnzwecken als auch anderen Zwecken dienen, werden neben den Benutzungsgebühren nach Abs. 1 zusätzlich Gebühren nach Abs. 2 erhoben; wird kein zusätzlicher Abfallbehälter bereitgestellt, wird eine jährliche Mindestgebühr von 63,14 € erhoben.

§ 23 Abs. 6 erhält folgende Fassung

- (6) Für die Entsorgung von Sperrmüll auf Abruf (Holsystem) nach § 14 Abs. 1 werden Gebühren nach dem auf volle 10 kg gerundeten und von der Waage des Sammelfahrzeugs registrierten Gewichts erhoben.

Die Transportkostenpauschale beträgt je Abholung 28,00 €

Die Gewichtsgebühr beträgt:

- für die Entsorgung von Sperrmüll auf Abruf nach § 15 Abs. 1 je gerundete 10 kg 2,80 €

- für die Entsorgung von Sperrmüll durch
Selbstanlieferer nach § 15 Abs. 2
je angefangenem Kilogramm 0,28 €
mindestens jedoch 2,80 €

II.

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der Gemeindeordnung (GemO) beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Blaustein schriftlich geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Stadtverwaltung
Blaustein, 15.12.2020

Ausgefertigt!
Stadtverwaltung
Blaustein, 15.12.2020

Thomas Kayser,
Bürgermeister

Thomas Kayser,
Bürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung:

Blausteiner Nachrichten:
Nr. 51 am 18.12.2020